

## Bündnis Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden

### --- Fragen zur Bundestagswahl 2021 ---

Sehr geehrte

Sie wollen sich als Kandidat/in in Baden-Württemberg am 26. September 2021 in den Bundestag wählen lassen. Wir freuen uns, wenn Sie uns folgende Fragen im Kontext der UN-Charta (Präambel: „fest entschlossen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und Art. 1, Ziffer 1), im Grundgesetz (Präambel: „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ und Art. 1, Absatz 2:) sowie in der Landesverfassung Baden-Württemberg (Artikel 12, Absatz 1, „Die Jugend ist zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe... zu erziehen“) beantworten:

In Baden-Württemberg wurde die Servicestelle Friedensbildung etabliert, die in den sechs Jahren des Bestehens zu einem bundesweiten Leuchtturmprojekt wurde. Ergänzend dazu ist die Verankerung der Querschnittsaufgabe Friedensbildung, insbesondere im Bereich der Lehrer\*innenausbildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen des Landes mittels einer ordentlichen Professur für Friedensbildung bzw. Friedenspädagogik, als erste ihrer Art in Deutschland, anzustreben.

*Frage 1: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Friedensbildung gestärkt und die Servicestelle außerhalb Baden-Württembergs bekannter gemacht wird?*

*Frage 2: Stimmen Sie mit uns überein, dass eine Professur auf den Weg gebracht werden soll, die den Ausbau der Friedensbildung in Theorie und Praxis begleitet und fördert?*

Militärische Werbung bei Minderjährigen und die Rekrutierung Unter- 18-Jähriger widerspricht den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention. Der UN-Ausschuss fordert für die Rechte des Kindes von Deutschland ein Verbot jeder Art von Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen und deren Rekrutierung. Die Kinderkommission des Bundestages hat sich dieser Forderung angeschlossen.

*Frage 3: Werden Sie sich für den Stopp jeglicher militärischer Werbung bei Minderjährigen unter 18 Jahren und deren Rekrutierung einsetzen?*

Der Bundeswehr wird durch Kooperationsvereinbarungen in acht Bundesländern, u.a. in Baden-Württemberg vom 14. August 2014, ein bevorzugter Zugang zu Schulen, Lehreraus- und Lehrerfortbildung eingeräumt. Besonders problematisch ist es, dass die Jugendoffiziere „über die zur Friedenssicherung möglichen Instrumente der Politik“ in der Schule informieren und insbesondere Kenntnisse „zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung“ vermitteln sollen. Die Vermittlung dieser Kenntnisse sollte allein die Aufgabe der Lehrkräfte sein. Der Bundeswehr sollte kein privilegierter Zugang zu Schulen, Lehreraus- und Lehrerfortbildung eingeräumt werden.

*Frage 4: Werden Sie sich dafür einsetzen, diesen bevorzugten Zugang der Jugendoffiziere aufzuheben?*

In einigen Regionen von Baden-Württemberg, z.B. am Bodensee, gibt es Kooperationen zwischen Schulen und Rüstungsbetrieben. Dies könnte den Blick der Schüler/innen verstellen, der Wohlstand der Region beruhe auf todbringenden Waffen.

*Frage 5: Teilen Sie mit uns die Kritik an Kooperationen von Schulen und Rüstungsbetrieben?*

